

Gastkommentar

Mehr Markt wagen

Drogensucht ist eine Erkrankung, bei der man die Kontrolle über den Konsum eines bestimmten Rauschmittels verliert. Der Süchtige verspürt ein zwanghaftes Verlangen nach immer mehr vom Suchtmittel. So gesehen, sind wir alle zu Süchtigen geworden. Natürlich nicht nach Heroin oder Kokain. Unsere Rauschmittel heissen Negativzinsen oder Staatshilfen. Der Effekt ist der gleiche. Die Notenbanken haben quasi wie Dealer Wirtschaft, Staaten und Einzelpersonen von ihrer ultralockeren Zinspolitik abhängig gemacht. Inflation ist eine der Folgen. Sie ist nun so hoch, dass ein Ausstieg nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Ähnliches gilt für die immer höher ausfallenden Staatshilfen, Sonderbudgets oder Sondervermögen, die meist über höhere Schulden finanziert werden. Beide «Drogen» haben zum Ziel, Wirtschaftsabschwünge um jeden Preis zu verhindern. So werden aber vor allem bestehende Strukturen zementiert, anstatt Neues zu schaffen. Diese Politik mit dem Rückspiegel führt nicht zu mehr Wohlstand, sondern verteilt höchstens den Bestehenden.

Die erwartete Energiekrise im Westen ist ein perfektes Anschauungsbeispiel für unsere Abhängigkeit vom Staat. Begriffe wie Gas- oder Strommangel-lage beherrschen die Schlagzeilen. Politik, Wirtschaft und Bevölkerung bewegen sich seit Wochen im roten Bereich. Niemand will Wohlstandsverluste hinnehmen – nicht mal

«Durch Finanzkrise oder Pandemie angefixt, ruft jeder vorsichtshalber nach dem Staat.»

Hans-Werner Gassner,
Präsident Liechtensteinischer
Bankenverband

temporär. Durch Finanzkrise oder Pandemie angefixt, ruft jeder vorsichtshalber nach dem Staat. Marktwirtschaftlichen Instrumenten misstraut man per default, denn deren Anpassungsgeschwindigkeit ist vielen zu langsam. Der Staat soll es einmal mehr richten. Ausgabenprogramme, finanziert durch Schulden, werden aufgegleist. Energiepreise werden gedeckelt und so dem Marktmechanismus entzogen. Die krude Giesskanne wird hervorgeholt. Doch das Ende der Fahnenstange scheint erreicht und es gibt nur noch zwei Übel. Entweder steigt der Preis (Zins) für diese Schuldenwirtschaft. Oder die Schulden werden durch eine anhaltend hohe Inflation kleiner. Beides ist heute politisch schwierig zu verkaufen. Eine anhaltend hohe Inflation wäre aber langfristig verheerend. Mit «there is no free lunch»

fasste schon der berühmte britische Ökonom John Maynard Keynes die heutige Gemengelage treffend zusammen.

Was ist also zu tun? Die Marktwirtschaft hat im Westen seit dem zweiten Weltkrieg für einen noch nie dagewesenen Wohlstandsgewinn gesorgt. Damit dies so bleibt, muss man wieder mehr Markt wagen. Im aktuellen Fall sollte auf den Energiemärkten die Preisbildung so frei wie möglich bleiben. So wird Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage hergestellt. Durch künstlich tief gehaltene Preise wie z. B. eine Benzinpreisdeckelung wird das verunmöglicht. Erst der hohe Preis führt zu einer tieferen Nachfrage. Die Folge: Energie wird gespart, ohne dass der Staat die Raumtemperatur im Winter oder die Länge der täglichen Dusche vorschreiben muss. Selbstverständlich müssen echte Härtefälle durch gezielte Massnahmen abgedefert werden.

Die Giesskanne gehört folglich aus dem Instrumentenkasten der Politik verbannt genauso wie die grassierende Gratis- oder Vollkaskotalität. Gratis gibt es nicht. Jemand bezahlt immer. Bei der Schuldenfinanzierung sind es unsere Kinder und Enkel.

Exekutive und Parlamente müssen endlich wieder zum Grundsatz zurückkehren, dass man zuerst etwas erwirtschaften muss, bevor man es verteilt.

Und ganz wichtig: Die Kenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge müssen unbedingt verbessert werden. Aus diesem Grund fördert der Bankenverband seit Langem die Finanzkompetenz von Jugendlichen.

Diese Ausführung soll aber kein Bashing gegen Staat oder Politik sein. Der Staat hat eine wichtige Funktion in der Wirtschaft, die insbesondere in Liechtenstein sehr gut wahrgenommen wird. So sorgt die umsichtige Politik hier z. B. für optimale Rahmenbedingungen (z. B. tiefe Steuern, keine Staatsverschuldung oder gute Ausbildung). Staatseingriffe sind bei einem temporären Marktversagen sinnvoll wie z. B. mit Anschubfinanzierungen beim Kampf gegen den Klimawandel. Die Pandemie hat auch gezeigt, dass es einen starken Staat braucht, der bei unverschuldeten Krisen kurzfristig hilft.

Entscheidend ist jetzt, dass wir alle unser Suchtverhalten ändern. Ich möchte nicht Cassandra spielen und bin auch nicht Dr. Doom. Zu einem kalten Entzug, der allenfalls gar in eine wirtschaftliche Depression à la 1930er-Jahre führt, darf es aber auch nicht kommen.



Hans-Werner Gassner
LBV-Präsident

Kommentar

Vom Feind zum Freund

In den vergangenen Jahren galt die Parität, also ein 1:1 zwischen Euro und Franken als eigentliches Schreckensszenario. Ein solcher Kurs wurde als fatal für die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft und als Dolchstoß für die exportorientierte Industrie beurteilt. Im Juli war es dann so weit – seither ist ein Euro weniger Wert als ein Franken.

Wo bleibt der Aufschrei der Exportwirtschaft? Eine Aufwertung der Währung ist dann kein Problem, wenn die Inflation im eigenen Land tiefer ist als in den Partnerländern. Denn ein härterer Franken schwächt zwar die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Unternehmen, aber die hohen Preissteigerungen im Ausland stärken sie gleichzeitig. Letztlich ist eben die Entwicklung des preisbereinigten, sogenannten realen Wechselkurses für die Konkurrenzfähigkeit entscheidend, und der entwickelt sich ziemlich stabil. Zudem haben im Sorgenbarometer der Unternehmen Energieprobleme, gestörte Lieferketten und Arbeitskräftemangel das Problem der Frankenstärke von den vorderen Plätzen verdrängt.

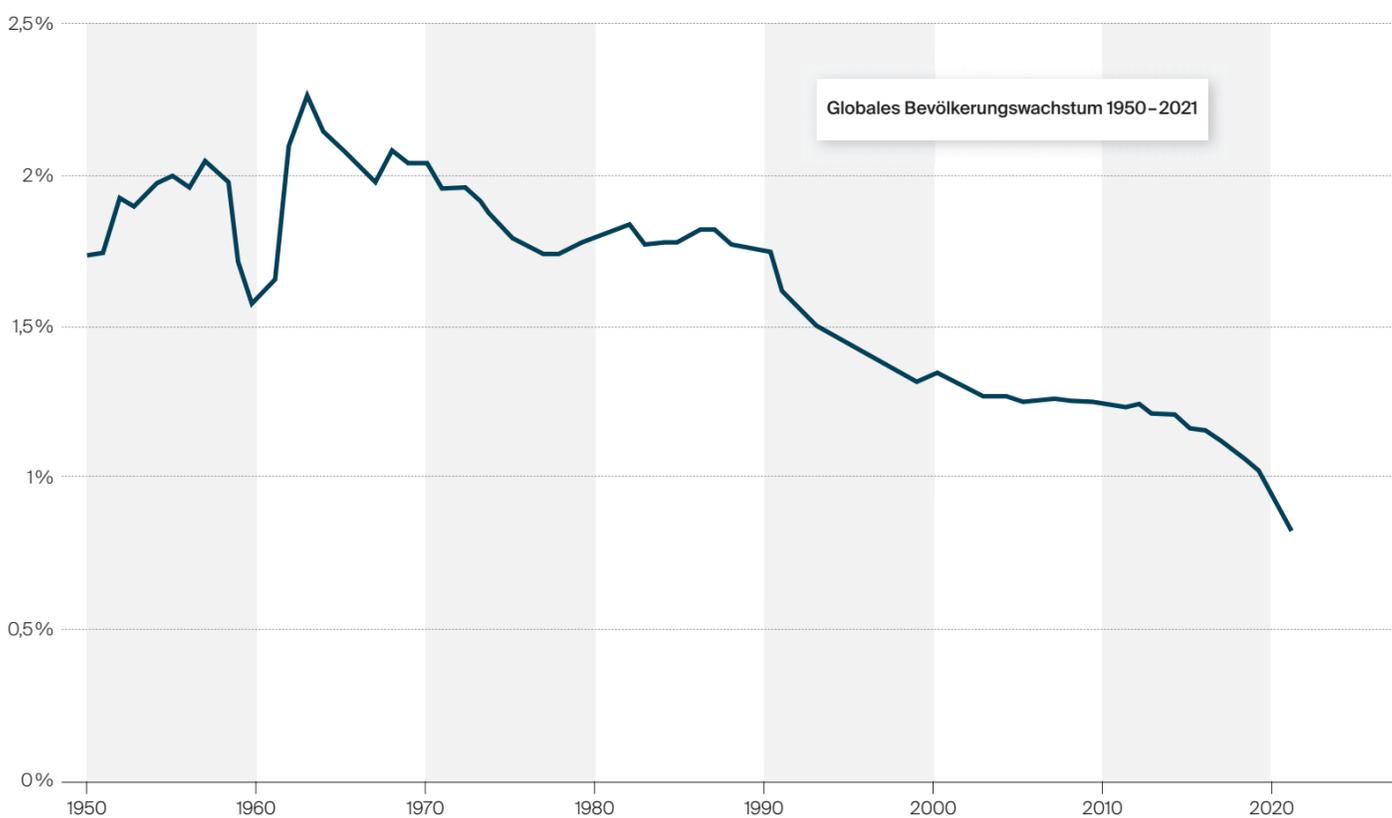
Wenn die Preise bei uns um 3,5% steigen, im Euroraum aber um 9,1%, dann kann ein Anstieg des Frankens verkräftet werden. Der Wechselkurs gleicht die Inflationsdifferenzen aus, dämpft die Importpreise und damit die inländische Inflation. Damit hilft die Frankenstärke der SNB dabei, den Zinsanstieg zur Bekämpfung der Inflation in Grenzen zu halten. So hat sich die Aufwertung des Frankens vom Feind der SNB zum Freund gewandelt. In den letzten Jahren stand die SNB wegen der Frankenstärke, der Devisenkäufe und der Negativzinsen oft in der Kritik. Nun befindet sie sich in einer ungewohnt komfortablen Situation. Sinkt der Euro weiter, dient dies der Inflationsbekämpfung. Steigt der Euro wieder, entlastet dies die Exporteure und dämpft die Konjunktursorgen. Welcher Wechselkurs für den Euro ist aber der «richtige»? Gemäss Kaufkraftparitäten ist der Wechselkurs dann «richtig», wenn man im Inland mit 100 Franken gleich viele Güter kaufen kann wie im Ausland, wenn also die Kaufkraft im In- und Ausland dieselbe ist. Ganz so einfach ist die Bestimmung des Kaufkraftparitätskurses aber nicht. Für die SNB ist der Franken nun jedenfalls nicht mehr zu hoch bewertet. Davor hat sie während fünf Jahren dem Mantra der Überbewertung gehuldigt.

So komfortabel sich die Situation für die SNB präsentiert, so unkomfortabel ist sie für die Europäische Zentralbank. Zu starke Zinserhöhungen gefährden die Zahlungsfähigkeit gewisser Länder und beschwören eine neue Eurokrise. Zu kleine Zinserhöhungen setzen ihre Glaubwürdigkeit im Kampf gegen die Inflation aufs Spiel. Die weitere Entwicklung der Inflation spielt eine zentrale Rolle für den Eurokurs. Ein anhaltend hoher Inflationsdruck lässt einen weiterhin sinkenden Euro befürchten. Signale dafür sind einige auszumachen: die Energiewende, die wachsende Staatsverschuldung, die Deglobalisierungstendenz und eine Lohn-Preis-Spirale. Hohe Unsicherheit geht Hand in Hand mit einem starken Franken.



Peter Eisenhut
Ökonom, Präsident
der Stiftung Zukunft.li

Das globale Bevölkerungswachstum verlangsamt sich



Quelle: Vereinte Nationen, ourworldindata.org; Grafik: Stefan Aebi

Seit 1975 ist die globale Bevölkerung in Abständen von ca. zwölf Jahren um jeweils eine Milliarde angewachsen. 2011 überschritt sie die 7-Milliarden-Marke, Ende 2022 wird es voraussichtlich 8 Milliarden Menschen geben.

In absoluten Zahlen betrachtet, gab es also in den letzten 50 Jahren einen konstanten Anstieg der Bevölkerung, jedoch keinen exponentiellen, wie es bei gleichbleibendem Bevölke-

rungswachstum der Fall gewesen wäre. Das bedeutet, dass sich das Tempo, mit dem die Bevölkerung wächst, verlangsamt hat. Die oben dargestellte Grafik zeigt, mit welcher Rate die globale Bevölkerung seit den 1950er-Jahren jährlich wächst. Gegenüber den 1960er-Jahren, der Phase mit dem höchsten Wachstum, wächst die Bevölkerung heute nur noch halb so schnell. Das liegt vor allem daran, dass

die globale Fertilitätsrate stetig fällt.

Aktuell leben zwei Drittel der Weltbevölkerung in Ländern mit einer Fertilitätsrate von unter 2,1 Geburten pro Frau. In diesen Ländern werden also weniger Kinder geboren, als für eine gleichbleibende Bevölkerung notwendig wären. Laut Projektionen der Vereinten Nationen wird das globale Bevölkerungswachstum weiter zurückgehen und die Weltbevölkerung in ca.

sechzig Jahren mit 10,4 Milliarden Menschen ihren Höhepunkt erreichen.



Martin Geiger
Ökonom am
Liechtenstein-Institut